

N i e d e r s c h r i f t

HFA/004/2010

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 23.02.2010**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

Gäste:

Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot

Geschäftsführer SWR
anwesend bis 17:36
Uhr, TOP 5

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann

Erster Beigeordneter

Herr Werner Lütke-meier

Stadtkämmerer

Herr Heinz Hermeling

Fachbereichsleiter FB 7

Herr Bernd Weber

Pressesprecher

Herr Wolfgang Nehus

stellv. Fachbereichsleiter
FB 7, anwesend bis
17:36 Uhr, TOP 5

Herr Dr. Thorben Winter

Fachbereichsleiter FB 1,
anwesend bis 18:06
Uhr, TOP 8

Herr Werner Schröer

Fachbereichsleiter FB 5

Herr Michael Vogelsang

Fachbereich 7

Frau Julia Kersting

Schriftführerin

Entschuldigt fehlten:

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg

Beigeordnete

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, entschuldigt Frau Ehrenberg aufgrund einer Erkrankung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung führt sie aus, dass der Punkt 5, Vorlage 072/10 abgesetzt werden müsse, da der Antrag auf einen vorzeitigen, förderunschädlichen Maßnahmebeginn zurückgezogen wurde. Darüber hinaus schlägt sie vor, den Tagesordnungspunkt 7, Breitbandausbau, Vorlage 091/10 aufgrund eines Anschluss-termins von Herrn Dr. Schulte-de Groot als TOP 5 vorzuziehen. Zur zugestellten Nachtragsvorlage 104/10, Erweiterung Fürstenberg-Realschule – Ausnahmeentscheidung von den Regelungen der Haushaltssperre schlägt Frau Dr. Kordfelder vor, diese als TOP 8 zu behandeln.

Nach Begründung der Dringlichkeit für die Erweiterung der Tagesordnung stimmt der Haupt- und Finanzausschuss den Vorschlägen von Frau Dr. Kordfelder zu.

Öffentlicher Teil:

1. Bestellung einer Schriftführerin Vorlage: 074 / 10

0:03:50

Frau Kordfelder berichtet, dass es aus innerorganisatorischen Gründen einer Neubesetzung der Schriftführung bedürfe, weil Herr Vogelsang andere Aufgaben übernehmen werde. Frau Julia Kersting wird für diese Aufgabe vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss bestellt gem. § 52 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 58 Abs. 2 und 7 GO Frau Julia Kersting zur Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung am 19. Januar 2010

0:04:39

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 19. Januar 2010 gefassten Beschlüsse

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, weil diese nicht gestellt wurden.

4. Informationen

4.1. Mesumer Kirmes

0:05:14

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass die Kirmes in Mesum nach Vorschlag der Schaustellerverbände Weser-Ems und Münsterland am Freitagnachmittag beginnen und am Sonntagabend enden solle, begründet sei der Vorschlag mit den stark zurückgegangenen Besucherzahlen am Montag. Aus Sicht der Verwaltung solle dem Antrag der Schaustellerverbände stattgegeben werden. Die Kirmes in Mesum werde daher in diesem Jahr schon am Freitagnachmittag um 14:00 Uhr beginnen und am Sonntagabend um 22:30 Uhr enden. Karussells und Kirmesstände sollen am Freitag- und Samstagabend bis 24 Uhr geöffnet sein. Am Freitagabend werde voraussichtlich ein Feuerwerk stattfinden. Der Stadtteilbeirat

Mesum habe in seiner Sitzung am 16. Dezember beschlossen die Änderung zu unterstützen. Frau Dr. Kordfelder legt dar, dass ein förmlicher Satzungsbeschluss hier nicht erforderlich sei, da für die Kirmes eine Marktfestsetzung nach der Gewerbeordnung erfolge.

4.2. System der Gemeindefinanzierung

0:06:30

Herr Lütkeemeier informiert, dass der Bundesfinanzminister Herr Dr. Schäuble vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung der Kommunalfinanzen eine grundlegende Befassung mit dem System der Gemeindefinanzierung in einer Gemeindefinanzkommission angekündigt habe. Als Termin für die konstituierende Sitzung sei der 4. März 2010 im Bundesministerium für Finanzen in Berlin vorgesehen. Auftrag dieser Kommission sei es, die kommunalen Einnahmen und Ausgaben zu analysieren und Alternativen aufzuzeigen. Es sei beabsichtigt, dass die Kommission ihre Arbeit noch im Jahr 2010 abschließe, daraus folge, dass es nur wenige Sitzungen dieser Kommission geben werde und dass ein Unterbau aus Arbeitsgruppen initiiert werde. Es sollen Gewerbesteuer und Grundsteuer erörtert werden, ebenso wie Beteiligungsmöglichkeiten der Kommunen an der Gesetzgebung oder der Abbau von Standards.

Herr Niehues bittet diese Informationen zu nutzen und in der nächsten Ratssitzung eine Resolution vorzubereiten. Dort soll die Sorge hinsichtlich der Ausstattung der Kommunen mit den notwendigen Finanzmitteln angesprochen werden. Die Gesetze sollen in Zukunft auch wirklich den vollen Kostenausgleich für die Kommunen organisieren. Mittel, die vom Bund beispielsweise im Bereich der Kinderbetreuung für die Kommunen vorgesehen sind, sollen dann nicht bei den Ländern versacken. Er sähe es als guten Zeitpunkt, wenn der Bund diese Kommission gebildet hat, aktiv zu werden. Es solle die Chance genutzt werden, in der nächsten Ratssitzung eine entsprechende Resolution zu verabschieden.

Herr Reiske informiert, dass die Problematik auch in seiner Fraktion diskutiert und für sinnvoll erklärt worden sei, eine Resolution seitens des Rates zu verfassen. Allerdings müsse noch über den Text Einigkeit erzielt werden.

Herr Holtel hält fest, dass die Intention von Herrn Niehues richtig sei, jedoch müsse man sehen, dass die Kosten die den Haushalt richtig belasten, die steigenden SGB-II-Kosten seien. Gleichzeitig werde es im Kinderbereich steigende Kosten im U3-Bereich geben, auch hier seien die Kommunen über Gebühr belastet worden. Dieses müsse zurückgeschraubt werden. Er teilt mit, dass er in der Resolution auch den richtigen Weg sehe, um die Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene in Richtung Ausstattung der Kommunalfinanzen zu unterstützen. Ein weiterer gravierender Punkt sei der Rückgang der Gewerbesteuer. Hier fordere seine Fraktion seit langem eine Änderung der Kommunalfinanzierung.

Herr Roscher erläutert, dass die SPD-Fraktion eine Resolution unterstütze. Es sei bereits in Haushaltsplanungen vorangegangener Jahre darauf hingewiesen worden, dass das Land sich auf Kosten der Kommunen saniere. Die genaue Formulierung einer Resolution an Land und Bund müsse jedoch noch ausgehandelt werden.

Herr Ortel äußert, dass das Thema erst dann angegangen werden könne, wenn sich ein Konsens aller Beteiligten einstellen würde. Er begrüße es aber ausdrücklich.

Frau Dr. Kordfelder sagt zu, eine entsprechende Resolution vorzubereiten. Sie geht davon aus, dass, wenn sich der Städte- und Gemeindebund auf eine Formulierung einigen könne, es dem Rat der Stadt Rheine auch leicht fallen würde, sich der Formulierung des Städte- und Gemeindebundes überparteilich anzuschließen. Sie informiert, dass sie die Langzeitanalyse der finanziellen Entwicklung der Kommunen in NRW, die sie gestern von Herrn Dr. Schneider bekommen habe den Ausschussmitgliedern zuleiten werde.

5. Breitbandausbau

Vorlage: 091/10

0:16:21

Herr Dr. Schulte-de Groot verweist auf die Vorlage und ergänzt, dass mit der Leerrohrverlegung mit einer Investitionssumme von 1,636 Mio. € das Ziel des Breitbandausbaus in den unterversorgten Stadtgebieten noch nicht erreicht sei. Private Investoren müssten gefunden werden die weiter ca. 1,6 Mio. € für Glasfaserkabel sowie für die Anschlüsse an die 37 Kabelverzweiger investieren. Folglich handelt es sich um Gesamtinvestitionen von 3,2 Mio. €. Er schlägt vor, auf eine Finanzierung der Leerrohrsysteme über das Konjunkturpaket zu verzichten, und dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Herr Kuhlmann ergänzt, dass der Ausbau sowie die Erneuerung der Straßenbeleuchtung förderfähig seien, dieses wurde von einer Mitarbeiterin der Bezirksregierung, Frau Schröhn, mitgeteilt.

Frau Dr. Kordfelder verweist auf dem Beschlussvorschlag, den Breitbandausbau über das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ voranzutreiben.
Die Bundestagsabgeordnete, Frau Bögel habe ihre Unterstützung zugesichert.

Herr Kohnen erklärt, die CDU-Fraktion und die Bürger seien über diese Entwicklung enttäuscht. Klare Aussagen, welche Maßnahmen durch das Konjunkturpaket gefördert werden können, wären sehr hilfreich gewesen. Die Auffassung der Verwaltung werde aber geteilt, eine Leerrohrverlegung ohne konkrete Nutzungsanfrage mache keinen Sinn. Die CDU-Fraktion werde daher dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Herr Kohnen bittet zeitnah zu klären, ob und in welchen Fällen die Anlieger an der Sanierung der Straßenbeleuchtung zwangsläufig zu beteiligen seien. Die Verwaltung solle hierzu eine kurzfristige Berichterstattung abgeben.

Herr Niehues führt aus, dass Erwartungen in den einzelnen Ortsteilen geweckt wurden, die heute nicht eingehalten werden könnten. Dies sei kein Vorwurf an die Verwaltung, sondern es habe etwas damit zu tun, das auf Landesebene und auf EU-Ebene über einen längeren Zeitraum unklar gewesen sei, was aus dem Topf der Konjunkturfördermittel finanziert werden darf. Es sei das Signal gegeben worden, dass die unterversorgten Stadtteile bessergestellt werden. Dieses sei

auch wichtig für die mittelständischen Firmen in den Ortsteilen, die auf gute Verbindungen angewiesen seien. Es sei nachvollziehbar, dass die Leerrohrverlegung das Problem nicht löse. Insofern sei der Vorschlag richtig. Herr Niehues bittet darum, eine Informationsveranstaltung zu diesem Themenkomplex durchzuführen, damit die Menschen in den Ortsteilen die Möglichkeit haben sich direkt informieren zu lassen, Fragen zu stellen, vielleicht auch Unmut loszuwerden.

Herr Holtel informiert, dass allein in Hauenhorst 384.000 € für die Verbindung von der Pappelstraße bis in den Ortsteil und für die innerörtliche Verbindung erforderlich sein werden, ohne dass ein Netzbetreiber die Sicherheit gibt, dass diese Infrastruktur auch genutzt werden kann und die Kosten zumindest teilweise erstattet werden. Auch wenn der heutige Beschlussvorschlag manche Hoffnungen zunächst zerstöre, werde er dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er habe in vielen Gesprächen zugesagt, sich für den Breitbandausbau einzusetzen, leider sei dieses unter den gegebenen Rahmenbedingungen so nicht realisierbar, er habe jedoch die Hoffnung, dass das Förderprogramm weiterhilft.

Herr Reiske bedauert dieses ebenfalls. Er erklärt aber, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt werden.

Herr Roscher erläutert, dass die SPD zustimmen werde. Leider sei es nicht möglich, einen Teil dieser Mittel sowohl in Breitbandversorgung als auch in Straßenbeleuchtungsveränderungen einsetzen zu können. Das Ziel, Breitbandversorgung auch in den unterversorgten Bereichen sicherzustellen, bleibe nach wie vor bestehen. Bezüglich der Information der Bürgerinnen und Bürger könne man im Beleuchtungsprogramm sicherlich auch noch etwas tun, damit der Prozess für sie transparent erscheint. Herr Roscher bedankt sich zuletzt bei allen, die am Klärungsprozess beteiligt waren.

Herr Ortel hätte sich dieses als Gellendorfer Betroffener gewünscht, er gibt an, dass es kein Zustand auf Dauer bleiben könne, aber die hier genannten „Höheren Gewalten“ keine andere Möglichkeit nahelegen als sich dem anzuschließen.

Herr Kuhlmann bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn Roscher und erläutert, dass es hier nicht um Erschließungsbeiträge gehe, es handelt sich hier um keine erste Herstellung einer Anlage, sondern um Ausbaubeiträge. Bei Ausbaubeiträgen sei es nach Rechtsprechung so, dass diese nur dann erhoben werden können, wenn die Anlage als solche abgängig sei. Das treffe in Rheine nur für geringe Bereiche zu, insbesondere für Betonmastleuchten. Diese müssten erneuert werden, dort bestehe aber kein Unterschied, ob die Mittel dafür aus dem allgemeinen Haushalt kommen würden oder aus dem Konjunkturhaushalt. Die Belastung für die Bürger sei die gleiche. Die Maßnahme dürfe jetzt nicht darunter leiden, dass die Bürger denken, dass die Stadt etwas umsetzen kann was die Bürger mit 70 Prozent belasten würde. Eine Informationsveranstaltung werde er dazu organisieren.

Beschluss:

1. Der Haupt und Finanzausschuss nimmt die Sachdarstellung zum Breitbandausbau und die Kostenermittlung der RheiNet für einen Leerrohrausbau zum Zwecke der Erschließung von Kabelverzweigern (Kvz) zur Kenntnis.

2. Der Haupt und Finanzausschuss beschließt, die bisher für den Breitbandausbau reservierten Mittel des Konjunkturpaketes II in Höhe von 981.926 € nicht zum Ausbau von Leerrohrsystemen zu verwenden. Stattdessen sollen diese Mittel für den weiteren Ausbau der Straßenbeleuchtung Verwendung finden. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Ausbaumaßnahmen dem Bauausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Breitbandausbau in den unterversorgten Stadtteilen soll über das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Förderanträge zu stellen; die nach dem GAK-Förderprogramm mögliche Beihilfegewährung an Netzbetreiber (Deckung der Wirtschaftlichkeitslücke) ist dabei zu präferieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Antrag des Paddel- und Radsportclubs auf eine städtische Zuwendung für die Sanierung des Garagendaches.**
Hier: Antrag auf einen vorzeitigen, förderungsunschädlichen Maßnahmebeginn.
Vorlage: 072 / 10

Der Tagesordnungspunkt ist vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt worden.

7. **Erweiterung der Don-Bosco-Hauptschule**
- Ausnahmeentscheidung von den Regelungen der Haushaltssperre
Vorlage: 076 / 10

0:34:39

Herr Kuhlmann erläutert, dass es erhebliche Kritik an dem vom Fachbereich 5 vorgelegten Bauzeitenplan gegeben habe, und nimmt dazu Stellung. Er erklärt, dass er eine Verkürzung des Bauzeitenplanes für fachlich falsch halte. Es sei nicht richtig, Pläne aufzustellen, die nicht seriös durchgehalten werden können. Er habe sich von verschiedenen Planungsbüros Bauzeitenpläne ähnlicher Maßnahmen geben lassen, welche sogar noch länger seien. Die Maßnahme extern zu vergeben, würde ebenfalls nichts nützen, da die Zeiten dieselben bleiben würden. Herr Kuhlmann hält fest, dass es nicht realistisch sei, den Bauzeitenplan von 28 Monate auf 10 Monate zu verkürzen. Außerdem würde es 10 Prozent der Bau-summe kosten, das wären 250.000 €. Er teilt mit, dass Verschiebungen in seinem Bereich, wie die Baumaßnahme von Mesum nach vorne zu ziehen, auch unrealistisch seien, da dann im Schotthock das Thema Fürstenberg Realschule eingestellt werden müsste. Die Don-Bosco-Schule stehe am Ende der Verfahren. Er habe außerdem ein Agreement mit Herrn Kemper getroffen, dass für die Übergangszeit eine vernünftige Lösung gefunden werde. In den Räumen des Sportheimes des SV Mesum 1927 e.V. soll eine Übergangsmensa eingerichtet werden, die baulich auch so hergestellt wird. Es gäbe hier eine Win-Win-Situation für beide Institutionen.

Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass der Schulleiter Herr Kemper diesem Lösungsvorschlag zugestimmt habe.

Herr Niehues äußert Kritik, dass Herr Kemper keine Alternativen habe, vor allem wenn man ihm den Hinweis gebe, dass man auch in Zukunft weiter zusammenarbeiten müsse. Im April 2009 haben die Fachausschüsse Bau und Schule Beschlüsse gefasst für die Fürstenberg Realschule, das Kopernikus-Gymnasium und die Don-Bosco-Schule. Die Verwaltung habe die Politik nie darüber informiert, dass dieses mit dem vorhandenen Personal nicht funktioniert. Es sei bereits vor 2 Jahren, wegen der vielen Bauprojekte der Einstellung eines Bautechnikers zugestimmt worden, der aufgrund des großen Bauvolumens jetzt unbefristet weiterbeschäftigt werden könne. Im letzten Quartal des Jahres 2009 stellte sich heraus, dass es ein Personalproblem in der Verwaltung gäbe. Herr Niehues fordert eine Erklärung von Herrn Kuhlmann, warum ein Personalproblem bei der Don-Bosco-Schule auftauche, für die 2005 der Ganztagsbetrieb beschlossen worden und die 2008 in den Ganztagsbetrieb gegangen sei. Herr Niehues macht deutlich, dass das Personalproblem an der Don-Bosco-Schule festgemacht wurde. Er bittet darum, dass spätestens bei den Haushaltsplanberatungen gesagt werde soll, welche Kosten, wie Miete und Umbau, anfallen werden. Er weist darauf hin, dass es hätte gesagt werden müssen, wenn es Personalprobleme gäbe und dass sie immer bereit wären, an solchen Stellen zu helfen. Er gibt an, dass die fehlende Stelle ausgeschrieben und intern befristet für 2 Jahre neu hätte besetzt werden können. In den vergangenen 3 Wochen sei bezüglich der Ausschreibung nichts geschehen.

Herr Niehues hätte erwartet, dass dieses kurzfristig umgesetzt werde.

Er bittet die Verwaltung, die Fertigstellung in der Projektorganisation so zu überarbeiten, dass eine Fertigstellung bis zum 31.12.2011 möglich sei. Ob dieses intern oder extern geregelt werde, sei der Verwaltung überlassen. Es sei nicht der Bauzeitenplan, der verkürzt werden soll, sondern der Vorplanungszeitraum. Dort können die ersten Bauarbeiten frühestens im November dieses Jahres beginnen, obwohl das Paket, wie der Anbau aussehen soll, schon lange beschlossen sei. Er kritisiert, dass die Bauzeitenpläne der Stadt Rheine immer mit einer gehörigen Portion Sicherheit ausgestattet seien. Er gibt dringlich als Empfehlung, den Bauzeitenplan zu überarbeiten, die Vorplanungsphase vorzuziehen, zügiger zu entscheiden, wenn es um eine externe oder interne Vergabe gehe, und dem Anliegen der Schule gerecht zu werden. Das alles spreche nicht gegen andere Schulen und andere Projekte.

Herr Roscher teilt mit, dass die SPD dem Antrag so zustimmen werde. Er könne den Ausführungen von Herrn Kuhlmann so weit folgen und bitte darum, dass die Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit nicht Außer acht gelassen werde.

Herr Reiske erläutert, dass es in der Vergangenheit noch nie eine solche Situation gegeben habe, in der die Verwaltung so viele Projekte und Aufträge abzuarbeiten gehabt habe, wie in den letzten Monaten und wie es auch in den nächsten Monaten sein wird. Er begrüßt die Ausführungen von Herrn Kuhlmann und dass gemeinsam mit dem SV Mesum eine Lösung gefunden worden sei. Der Beschlussvorschlag werde unterstützt.

Herr Holtel teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Zu den laut Bauzeitenplan vorgesehenen Rohbauzeiten von Dezember 2010 bis Mai 2011 teilt er mit, dass bei einem Winter wie diesem die Zeiten nicht

einzuhalten seien. Er bittet daher die Verwaltung, die Planung vorzuziehen. Der Rohbau sollte auf September 2010 vorgezogen werden.

Herr Kohnen legt dar, dass der Bauzeitenplan 10 Monate zu spät beginnen würde. Er fordert, dass die Ausschussmitglieder künftig für Maßnahmen, die beschlossen werden, unmittelbar nach dem Beschluss einen Bauzeitenplan erhalten sollen. Er fordert außerdem, dass sie dann in der Bauausschusssitzung Informationen dazu bekommen, ob es Abweichungen von den Bauzeitenplänen gäbe. Wenn früher bekannt gewesen wäre, dass es mit dem vorhandenen Personal nicht möglich sei, dann hätte es Hilfe gegeben.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Finanzierungsvorbehalt für das Projekt 5202-202 – Erweiterung der Don-Bosco-Hauptschule zur Ganztagschule auf und beschließt hierfür gleichzeitig eine Ausnahme von der vom Kämmerer angeordneten haushaltswirtschaftlichen Sperre.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Erweiterung Fürstenberg-Realschule
- Ausnahmeentscheidung von den Regelungen der Haushalts-
sperre
Vorlage: 104 / 10**

1:04:34

Herr Kuhlmann informiert, dass sich der Beschlussvorschlag auf die Ausnahme der vom Kämmerer angeordneten haushaltswirtschaftlichen Sperre bezieht. Heute sei die erste Baubesprechung in diesem Verfahren gewesen, und es sei an einen externen Architekten vergeben worden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt den Finanzierungsvorbehalt für das Projekt 5202-206 – Erweiterung der Fürstenberg-Realschule zur Ganztagschule auf und beschließt hierfür gleichzeitig eine Ausnahme von der vom Kämmerer angeordneten haushaltswirtschaftlichen Sperre.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung der Stadt Rheine für
die Jahre 2008 bis 2015
1. Umsetzungsbericht 2008 / 2009
Vorlage: 098 / 10**

1:05:32

Herr Hermeling erläutert die Vorlage.

Herr Niehues macht deutlich, dass es zu dieser Personalentwicklungsplanung keine Alternative gebe. Für das Jahr 2009 läge man außerhalb des vorgegebenen Personalbudgets. Der Bericht werde heute zur Kenntnis genommen. Er bittet die Verwaltung, zu dem alten Zahlenraster zurückzukehren. In den Jahren 2010 und 2011 müssen wieder stärker Einsparungen vorgenommen werden. Er beantragt, den Punkt 3 der Beschlussvorlage zu streichen. Es gäbe keinen Grund, das Verfahren zu ändern. Darüber hinaus beantragt er den Punkt 2 der Beschlussvorlage zu streichen. In den Haushaltsgesprächen sei deutlich geworden, dass es im Jahr 2013 eine kritische Situation gebe, da es im Abiturbereich 2 Ausbildungslehrgänge geben werde. Das werde dazu führen, dass der Druck, im Jahr 2013 Auszubildende einzustellen, größer sein werde. Er bittet die Verwaltung, sich gemeinsam Gedanken darüber zu machen, was 2012 wirklich an Einstellungen getätigt werden soll und was 2013 gemacht werden soll, um der besonderen Situation gerecht zu werden. Die CDU sei mit den Beschlussvorschlägen zu 1 und zu 4 einverstanden und bittet die Verwaltung in der nächsten Zeitplanung wieder auf das alte Zahlengerüst zurückzukehren.

Herr Roscher erläutert, dass die SPD-Fraktion dem vorgelegten Beschlussvorschlag zustimmen könne. Es stelle sich allerdings die Frage, inwieweit bei den Einstellungsverfahren Personen mit migrantem Hintergrund besonders berücksichtigt werden können, wenn sie die gleiche Qualifizierung wie andere Bewerber vorweisen können. Er habe zu Beschlussvorschlag 2 auch Herrn Niehues so verstanden, dass 2013 noch Anpassungen durchzuführen seien. Dieses würde die jetzige Formulierung allerdings nicht ausschließen, und es seien nicht alle Ausbildungsstellen für Abiturienten.

Herr Holtel fordert zu Beschlussvorschlag 3, dass in den nächsten 2 bis 3 Jahren die selbst vorgegebenen Ziele erreicht werden. Zu Punkt 2, Einstellung von Auszubildenden für 2012, ergänzt er, dass es nicht heiße, dass dieses nicht vorgenommen werden soll, sondern dass rechtzeitig mit Blick auf die Ausbildungssituation entschieden werden soll, was in 2010 getan werde und was 2013 vorgehalten werden müsse. Das bedeute nicht, dass die Stellen gestrichen seien, sondern angepasst an die Ausbildungsstellensituation müsse man dann tätig werden.

Herr Reiske sagt, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen könne, allerdings sehe er es auch als vernünftige Überlegung in den kommenden Jahren, gerade wenn dort eine Schwemme von Auszubildenden komme, mehr zu tun. Zu Punkt 3 ist es nach seiner Erinnerung so, dass die Politik immer zugestimmt habe.

Herr Hermeling erklärt zum Thema Kriterien zum Migrationshintergrund, dass die Unterlagen nach objektiven Kriterien gesichtet werden, und wenn es gleichgelagerte Fälle geben werde, würde ein solcher Aspekt entsprechend berücksichtigt werden.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, die Punkte 2 und 3 nach den Wortmeldungen der CDU-Fraktion aus diesem Beschlussvorschlag zunächst zurückzustellen und an anderer Stelle die beiden Überlegungen noch mal aufzunehmen. Sie macht deutlich, dass von der Verwaltung das Bemühen des Personalkonsolidierungskonzepts strikt einzuhalten gegeben sei. Sie weist auch noch einmal darauf hin, dass vorher bereits darüber gesprochen wurde, wenn das Konsolidierungskonzept eingehalten werde, heiße dieses, dass in bestimmten Bereichen Leistungen zurück-

gestellt werden müssen oder Standards abgebaut werden müssen. Darüber werde sich an anderer Stelle noch einmal weiter verständigt werden müssen.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Einstellung von Auszubildenden/Anwärterinnen/Anwärtern für Berufe zu, in denen nur im öffentlichen Dienst Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen:

2011 = 6 Anwärter/innen bzw. Auszubildende

2012 = 2 Anwärter/innen gehobener Dienst

Diese Auszubildenden sollen nach Beendigung ihrer Ausbildung in unbefristete Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse übernommen werden, wenn sie ihre Ausbildung mit einem qualifizierten Ergebnis erfolgreich abschließen.

2. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den 1. Umsetzungsbericht 2008/2009 zur Personalbedarfs- und Entwicklungsplanung 2008 – 2015 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

1:18:30

Frau Dr. Kordfelder informiert über folgende 2 Eingaben.

Fritz und Maria Bartelheimer, Viktorweg 3, 48429 Rheine

An den
Rat der Stadt Rheine
Bürgermeisterin Angelika Kordfelder
Klosterstraße 14

48431 Rheine

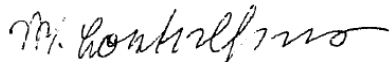
VV	BM	I	II	III	K
Stadt Rheine					
10. FEB. 2010					
BM					
FK3					

Rheine, den 22. Jan. 2010

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Kordfelder,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Rheine,

mit diesem Schreiben appelliere ich an Ihren Sinn für Gerechtigkeit!
Ich fordere Sie auf mir und allen Bürgern der Stadt Rheine zu erklären, wie Sie zum Beschluss dieser ungerechten Hundesteuererhöhung gekommen sind.
Ich fühle mich persönlich, aber auch andere Hundhalter ungerecht behandelt und fordere Gerechtigkeit und gleiches Recht für alle!!!
Das Argument, dadurch die Anzahl der Hunde im Stadtgebiet zu reduzieren, zieht nicht. Sie erhöhen dadurch lediglich die Zahl der potentiellen Steuerhinterzieher. Durch diese Erhöhung darauf zu hoffen die Verunreinigungen in den Vorgärten, städtischen Anlage und auf den Gehwegen zu minimieren oder gar zu verhindern, wird nicht funktionieren.
Im Gegenteil: Durch diese Maßnahme fühlen sich einige Hundehalter noch in ihrem Tun bestärkt, die Hinterlassenschaften ihrer Lieblinge an Ort und Stelle zu belassen. „Wofür zahle ich denn Hundesteuer?“ das ist die Antwort, die ich immer öfter höre, wenn ich als verantwortungsbewusster Bürger und Hundehalter diese Leute darauf anspreche. Die Frage, die sich anschließt: „Was tut die Stadt überhaupt für die Hunde bzw. deren Halter? Wir finden ja nicht mal eine geeignetes Behältnis in das wir die Hundesch... entsorgen können!“
Wie erklären Sie mir die Erhöhung der Steuer erst ab dem dritten Hund?
Geht es auch darum die Zahl der Proteste gering zu halten, damit ja nur eine relativ geringe Anzahl von Haltern betroffen ist? Wollte man hier die sprichwörtlichen „schlafenden Hunde“ (oder die breite Masse) nicht wachrütteln?
Ich habe schon bislang für jeden einzelnen meiner Hunde mehr zahlen müssen als die Einzelhalter. Das habe ich zähneknirschend und unter Protest hingenommen. Aber mit der jetzigen Erhöhung haben Sie das Fass zum Überlaufen gebracht!
Ich bin nicht mehr bereit dieses so hinzunehmen und widerrufe hiermit ausdrücklich die Einzugsermächtigung für die Hundesteuer!(s. auch anl. Erklärung)
Zum Thema gefährliche Hunde:
Gefährlich oder nicht ist doch wohl nicht von der Rasse allein abhängig. Auch unter den von Ihnen als nicht gefährlich eingestufte Rassen gibt sehr wohl gefährliche Hunde. Das kommt nämlich in der Hauptsache auf das Verhalten und die Erziehung des Hundes durch den Halter an. Auch einen Dackel kann man zu einem Kampfdackel erziehen!
Somit kann man gefährlich Hunde erst durch einen entsprechenden Nachweis bzw. Wesenstest als solchen erklären.
Ich bitte Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten des Stadtrates der Stadt Rheine, sich über meine vorigen Ausführungen ein paar Gedanken zu machen und die Änderung der Hundesteuersatzung noch mal zu überdenken und hoffe, dass die Stadt Rheine der Vorreiter für eine gerechte Hundbesteuerung wird!

Mit freundlichen Grüßen



Maria Bartelheimer

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, dass Schreiben mit dem Hinweis auf die mehrheitlich beschlossene Satzung zu beantworten.

Mense, Ursula

Von: Gehrke, Wiebke

Gesendet: Mittwoch, 10. Februar 2010 12:39

An: Ortel Rainer (rainer.ortel@web.de); Holtel, Alfred; Jürgen Roscher; Michael Reiske; Niehues, Josef

Cc: Verwaltungsvorstand; Müller, Siegfried; RKG@groening.de

Betreff: WG: Josefschule

Anlagen: Josefschule 2010.pdf; Josefschule Schr an BM 10 02 10.pdf; Josefschule Erläuterung.pdf

Sehr geehrte Herren Fraktionsvorsitzende, sehr geehrte Mitglieder des Verwaltungsvorstandes,

auf Wunsch des Vorsitzenden des Stadtteilbeirates Mesum, Herrn Kölling-Gröning, sende ich Ihnen den heute eingegangenen Antrag des Stadtteilbeirates zur Josefschule in Mesum zur Information und ggf. weiteren Beratung in den Fraktionen. Gemäß den Verfahrensregelungen für die Stadtteilbeiräte wird der Antrag an die zuständigen Bereiche in der Verwaltung weitergeleitet und in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.02.2010 offiziell bekannt gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Wiebke Gehrke

Stadt Rheine
Stabsstelle Bürgerengagement
Wiebke Gehrke
Siegmar Schridde
48427 Rheine
☎ 05971 939-219 oder -273
✉ stabsstelle@rheine.de

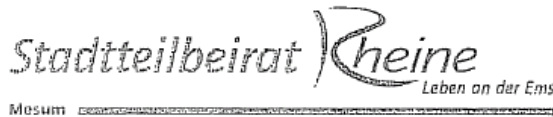
Von: rkg@groening.de [mailto:rkg@groening.de]

Gesendet: Mittwoch, 10. Februar 2010 10:21

An: Müller, Siegfried

; t.koscyk@yahoo.de; erster38@web.de; Müller, Siegfried; josef.wilp@landtag.nrw.de; resi.overesch@t-online.de; juergenroscher@web.de; simon.rheine@t-online.de; Gisela.Schilke@osnanet.de; josef.veltrup@t-online.de; franz.greiw@osnanet.de; rkg@groening.de; dietmar.gehling@osnanet.de; manfred.j.kraft@web.de; rene.ossege@osnanet.de; Gehrke, Wiebke

Betreff: Josefschule



Rheine – Mesum, 10.02.2010

An den
Rat der Stadt Rheine
z. Hd. Frau Bürgermeisterin
Dr. Angelika Kordfelder

Betr.: Antrag auf Renovierung und Nutzung der alten Josefschule in Mesum als „Kultur- und Bildungsstätte“ für den Südraum Rheine

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Rheine!

Der Stadtteilbeirat Mesum beantragt beim Rat der Stadt Rheine den dauerhaft gesicherten Erhalt der historischen alten Josefschule, die Sanierung und die Nutzung des Gebäudes als „Kultur- und Bildungszentrum“.

Das bedeutet im Einzelnen:

1. Die Grundsanierung des 1910 errichteten Gebäudes, so wie es das von der Stadtverwaltung 2009 in Auftrag gegebene Gutachten des Architektenbüros Terhechte/Höfker vorsieht.
2. Die Nutzung des Gebäudes durch Mesumer Vereine und Einrichtungen, die fortan für die Gebäudeunterhaltung aufkommen und deren Kosten tragen. Konzeption, Umfang, Art und Dauer der Nutzung sowie die Liste der beteiligten Vereine und Einrichtungen liegen diesem Antrag als Begründung und Erläuterung bei.
3. Die Mesumer Bürger beteiligen sich – wie bisher bei ähnlichen Projekten in der Vergangenheit (Friedhofskapelle, Turnhalle an der Franzikusschule), angemessen und mit einem namhaften Betrag durch Eigenleistungen und Spenden an den Renovierungs- und Sanierungskosten.) Die Beteiligung organisiert der Verband Mesumer Vereine oder durch ein von ihm beauftragter Verein. Über die Höhe der Betriebskosten muss ein besonderes Abkommen mit der Stadt ausgehandelt werden.
4. Der Schulhof bleibt als Freifläche im Ortszentrum erhalten (Parkplatz, Zugang zu Schule und Sporthalle, Fläche für gemeindliche, öffentliche und vereinsbezogene Zwecke).

Der Stadtteilbeirat ist gern bereit, über den Antrag und das Anliegen in einem Gespräch weitere Informationen zu geben.

Für den Stadtteilbeirat Mesum

(Rudolf Kölling-Gröning, Vorsitzender)

Anlage : Erläuterungen + Begründungen zum Antrag



Ausführliche Erläuterungen und Begründungen zum Antrag vom 10.02.2010

1.0. Zielsetzung des Stadtteilbeirates Mesum: Josefschulerhalt

1.1. Der Stadtteilbeirat Mesum bildete 2003 den Arbeitskreis „Ortsgestaltung Mesum“, den auch der Verband Mesumer Vereine und der Heimatverein Mesum fachlich und personell unterstützen. Auftrag des AK ist es, alle Fragen und Probleme, Projekte und Maßnahmen zur Verschönerung des Dorfkernes und Ortes Mesum – auch gemeinsam mit der Stadtverwaltung – zusammenzustellen, sachlich und fachlich einschließlich der Finanzierung vorzubereiten, dem Stadtteilbeirat zur Beratung vorzustellen und die Umsetzung von Aktionen durchzuführen. Bekanntermaßen war die Arbeit in den bisher mehr als sechs Jahren erfolgreich: Kirchanstrahlung, Historischer Rundweg mit bronzenen Texttafeln einschließlich Flyer, Aufstellen einer Info-Tafel mit neuer Telefonsäule in der Ortsmitte, Umsetzung des Lazarus-Bildstocks mit Opferstock, etc..

Es ging dem Stadtteilbeirat immer darum, den noch vorhandenen, historischen Ortskern Mesums mit seinen markanten, ortsbildprägenden Gebäuden und Denkmälern zu erhalten: Kirche, alte Johannesschule, alte Josefschule, ehem. Amts- und Gemeindehaus, Gasthaus „Zum Schwan“, Lazarus-Bildstock mit Wegekreuz, Kreuzwegstation, ortstypische Freiflächen (ehemalige Schulhöfe).

1.2. Ein Schwerpunkt ist der Erhalt der Josefschule. Dazu wurde 2007 eine Dokumentation „Zukunft braucht Erinnerung“ erarbeitet (ausgewählte Zitate; der komplette Text wird gern zur Verfügung gestellt):

„Die Fragestellung dieser Denkschrift lässt sich kurz fassen: Was macht Mesum eigentlich als Mesum aus, so dass sich der Stadtteil von anderen unterscheidet? Neben Fakten wie Natur, Kultur, Wirtschaft, Sport und Technik sind es vor allem die einmaligen und unverwechselbaren Zeugnisse aus seiner Geschichte, die heute noch erhalten sind: Aus **Geschichtspunkten** werden **Gesichtspunkte**. Sie prägen das Ortsbild, vermitteln Identität und Heimat, erfreuen durch ihre Ästhetik und Formenschönheit.“ ...

Noch gibt es einige typische Gebäude im Zentrum Mesums, die - vorsichtig restauriert, ergänzt und erweitert - Mesums Ortsmitte zu einem harmonischen Gesamtbild gestalten können. Nur ganz wenige dieser Bauwerke sind davon als **Denkmäler gesetzlich geschützt**. Einige sind allerdings unbedingt als **denkmalwert** einzustufen, da sie für den Ort historische Bedeutung besaßen und noch heute besitzen und bauhandwerklich, architektonisch und stilistisch stadtbildprägend wertvoll sind. ...

Der innere „Inselbereich“ in der Ortsmitte

Im Schatten der mächtigen Dorfkirche samt Turm (St. Johannes Bapt. neu) kann man die **engere, die innere Ortsmitte** per Definition eingrenzen auf den Bereich zwischen Rheiner Straße/ Feuerstiege und Nielandstraße. Diese so beschriebene Fläche gleicht einer „Insel“ in Dreieckform und darf wegen ihrer exponierten Lage, Wirkung und ortsbildprägenden Bedeutung in Mesum, das alljährlich kurzzeitig saisonal zu „Klein-Berlin“ wird, mit der „Museumsinsel“ in Groß-Berlin verglichen werden.

Geprägt wird diese „Insel“ in erster Linie durch die beiden historischen Gebäude alte Johannesschule und Gasthof „Zum Schwan“ samt ihrer zugehörigen Freiflächen. Von diesen Flächen sind zwei gestaltet bzw. restauriert: der „Biergarten“ im Hinterhof des „Schwans“ mit Heckeneinfriedung und der ursprüngliche Pausenhof der alten Johannesschule, der mit einer festen, wassergebundenen Sanddecke versehen und mit Bänken und Hecken gestaltet wurde. Einbeziehen muss man in die optische Platzgestaltung die fein restaurierten Bildstöcke an den Rändern: die Kreuzwegstation von 1864 und das Ensemble Wegekreuz und Lazarus-Bildstock....

Das historische Dreier - Ensemble (ehemaliges Amts- oder Gemeindehaus, alte Johannes- und alte Josefschule) Glückliche Umstände sorgten dafür, dass in unmittelbarer Dorfmitte für die lokale Geschichte und Entwicklung sehr bedeutende und von ihrer Architektur drei stadtbildprägende Gebäude noch erhalten sind. Dieses historische Dreier-Ensemble ist auf jeden Fall zu erhalten. Daher darf man bei der Diskussion um Lösungen und Nutzungen, Kosten und Restaurierungen keines der drei für sich allein betrachten, sondern muss sie in ihrer Gesamtheit betrachten....

Die alte Josefschule

Das am ehesten gefährdete Gebäude in diesem Ensemble ist die alte Josefschule. Sie ist im Vergleich zur alten Johannesschule, obwohl nur sechs Jahre zwischen den Erbauungsjahren liegen, ganz auffallend andersartig in ihrer Architektur: zweigeschossig, mit dekorativ eingesetzten weißen Putzflächen und -streifen, roten Fensterbögen und einem villenförmigen Wohnteil mit reicher Fassaden-, Dach- und Giebelgestaltung. So wird sie zu einem auffälligen Blickfang.

Aus der Geschichte der Schule

Die Schulgeschichte erzählt, wie dringend ihr Neubau kurz nach der vorletzten Jahrhundertwende notwendig war, obwohl die Gemeinde gerade 1904 eine neue Schule, die heutige alte Johannesschule, mit zwei Klassen errichtet hatte. Schon drei Jahre später zählte man 253 Schüler, für die nur drei Klassenräume zur Verfügung standen. Ein Schulneubau war unumgänglich.

Die Unterlagen besagen, dass der Unterricht in diesem Neubau, der seinen Namen „Joseph-Schule“ in großen Lettern über dem Schülerportal (ein späteres Foto aus den 1930-er Jahren zeigt die Schreibweise „Josephschule“) trug, am 1. April 1910 aufgenommen werden konnte. 27839 Mark hatte der Bau gekostet. Dafür waren zwei Klassenzimmer und ein Lehrmittelraum, aber auch zwei Lehrerwohnungen plus einer Dachwohnung entstanden.

Interessant für die Lokalgeschichte ist zudem, dass die Gemeinde Mesum im Zusammenhang mit der Errichtung der neuen Josefschule erstmals dazu am 20. August 1910 alle (Schul)Grundstücke in ihr Eigentum übernahm, die bisher dem Lehrer von Mesum zu seiner privaten Nutzung zustanden und die auch von ihm für seinen Lebensunterhalt mit Garten und Vieh genutzt wurden. Als Entschädigung für diesen Verlust bekamen die Lehrer ab 1910 das volle Gehalt ausbezahlt....

Bauliche und architektonische Besonderheiten

Der Josefschulbau weist etliche, hervorhebenswerte Eigentümlichkeiten auf. Er gefällt besonders durch sein attraktives Wechselspiel zwischen weißen Putzflächen und rotem Ziegelmauerwerk und seine großzügige Ausstattung und Gestaltung mit Architekturelementen und unterschiedlichsten Fenster- und Dachformen. Das (offensichtlich zu) große Treppenhaus und der nur großflächig verputzte Nordgiebel lassen sich wohl nur dadurch erklären, dass die Gemeinde damals schon konkret daran dachte, später einmal einen Anbau mit weiteren Klassenräumen oder aber eine Turnhalle, die zu der Zeit schon angedacht war, anzufügen.

Die Mesumer müssen um 1910, das kann man sich unschwer vorstellen, den für damalige Zeiten sehr modernen Neubau stolz bestaunt haben. Kunsthistoriker Dr. Niemer beschreibt „das Fassadenbild der Josefschule ist im Sinne des Jugendstils zu allen Seiten asymmetrisch aufgebaut“ und weist auf die besondere Ausgestaltung durch Putzfelder, Bögen, Backsteinsichtmauerwerk und Sockelbruchstein hin. Dabei ist vor allem die Schauseite zum ehemaligen Schulhof hin besonders reich gegliedert. Die jeweils drei großen Klassenraumfenster im linken Bereich sind durch Fensterbänder miteinander verbunden, wobei die oberen drei Fenster eigentümlich gezackte Abschlüsse aufweisen, die dem späteren Klinkerexpressionismus nahe stehen.

Auffallend ist auch das gestufte Gewände des ganz am linken Haurand gelegenen Portals mit rundbogigem Abschluss. Zwischen Gewände und Bogenlaibung (Archivolten) wird darin im Sinne romanischer Baukunst ein Kapitell und Gesimse ausgebildet. Bemerkenswert ist auch das darüber liegende Dreifachfenster mit segmentförmigem Überfangbogen. Unmittelbar neben dem Portal „bricht“ der Bau abrupt ab, weil hier ganz offensichtlich für den Architekten, den wir nicht kennen, eine Erweiterung angedacht war.

Die rechte Bauhälfte mit den Lehrerwohnungen ist wie eine Villa aufgebaut. Die Fenster sind zumeist zu Gruppen zusammengefasst und im Erdgeschoss mit einem flachen Rundbogen abgeschlossen. Das Gebäude besitzt in diesem Teil ein abgewalmtes Mansarddach mit einem markanten Quergiebel zum Schulhof. Die über Eck gestellte Eingangslösung für den Wohnteil besitzt noch heute die originale Stufenanlage und ein jugendstilartiges Geländer.

Ein ähnliche Eingangssituation befindet sich auch auf der Rückseite des Gebäudes, wo die Treppe ins Grüne führte. Zu jeder Wohnung gehörte früher ein mit einer Hecke eingefriedeter Garten (heute weitgehend Standort der Turnhalle mit angebauter DRK-Garage). Auch die Ostseite ist mit weißen Putzflächen und rotem Klinkermauerwerk fein konstruiert. Das gilt ebenfalls für die südliche Giebelseite zur Schulstraße hin, wo die vielen unterschiedlich ausgebildeten Fenster mit den roten Abschlussbögen darüber charakteristisch sind....

Es sind vor allem die vielen gefälligen baulichen und architektonischen Gestaltungselemente und die große lokalhistorische Bedeutung, die neben der dorfbildprägenden Erscheinung den Wert dieses für Mesum einmaligen Gebäudes ausmachen. Hinzu kommt, dass Fassade und Innenaufteilung völlig unverändert im Originalzustand von 1910 erhalten sind. ...“

2.0. Nutzungskonzept zum Gebäudeerhalt

Für das historische Schulgebäude wurde ein Nutzungskonzept erarbeitet, das im Folgenden dargestellt wird:

2.1. Die Nutzer

Schützenvereinigung Mesum 1877 (ca. 900 Mitglieder):

Klassenraum (für ca. 4 Wochen), Kellerraum (ganzjährig als Lager)

Heimatverein Mesum (ca. 900 Mitglieder) und VMV (Verband der Mesumer Vereine):

Räume für Archiv (Erdgeschosswohnung)

TV Mesum (ca. 1500 Mitglieder):

Klassenraum für Kurse (ganzjährig), Räume (Erdgeschosswohnung)

FBS Rheine:

Klassenraum für Kurse (ganzjährig), Räume (Erdgeschosswohnung)

2.2. Nutzungen

Raumbesetzungen und Nutzungen (Kurse, Training, ...) werden koordiniert nach gemeinsam abgestimmtem Plan.

2.3. Wohnungen

Die beiden Wohnungen im Ober- und Dachgeschoss sollten auf dem freien Wohnungsmarkt zur Vermietung angeboten werden.

Diese Räume würden die Nutzer zwar gern mit in ihr Programm einbeziehen, sehen sich jedoch zur Zeit außerstande, dafür dauerhaft die Kosten aufzubringen.

3. Finanzierungskonzept

Dem Finanzierungskonzept zugrunde liegen Zahlen und Daten der Stadtverwaltung.

3.1. Nutzungskosten für den Klassentrakt mit zwei Klassenräumen

Die Verwaltung ermittelte für den Klassentrakt an laufende Kosten/Jahr rund 4000 Euro. Darin sind alle Unterhaltskosten (Heizung, Abgaben für Müll, Versicherung, etc.) enthalten.

Schützenvereinigung Mesum 1877, TV Mesum und FBS Rheine sind bereit, diese Kosten zu übernehmen.

3.2. Nutzungskosten für das Erdgeschoss im Wohnteil

Für die ca. 100 Quadratmeter große Erdgeschosswohnung sind Schützenvereinigung Mesum 1877, TV Mesum, VMV und FBS Rheine bereit, die Unterhaltskosten zu übernehmen.

3.3. Wohnungen

Die Wohnungen im Obergeschoss (ca. 100 Quadratmeter groß) und im Dachgeschoss (ca. 90 Quadratmeter groß) dürfen auf dem freien Wohnungsmarkt Mieten in Höhe von 3,00 bis 3,50 Euro/Quadratmeter) erwartet werden.

3.4. Sanierungskosten

Das von der Stadt Rheine im Vorjahr in Auftrag gegebene und im Ergebnis bestätigte Gutachten des Architektenbüros Terhechte/Höfker geht von Sanierungskosten in Höhe von rund 407 000 Euro aus. Der Stadtteilbeirat und der VMV gehen davon aus, dass die Mesumer Bürger – wie bisher bei ähnlichen Projekten eindrucksvoll demonstriert – auch davon einen angemessenen Teil übernehmen: Eigenleistungen, Spenden/Sponsoren. Über die Höhe muss dann verhandelt werden.

Schicksalsjahr für die Alte Josefsschule?

Stadtteilbeirat Mesum befasst sich zum wiederholten Male mit Erhalt und Nutzung

Mesum • Eigentlich könnte sich der Stadtteilbeirat Mesum schon im Ruhestand wähnen. Doch bevor es im Frühsommer einen neuen Rat geben wird, hat er sich der noch amtierende für seine letzte Sitzung ein überaus wichtiges Thema für den Stadtteil Mesum auf die Tagesordnung gesetzt: „Sachstand zur Erhaltung/Gestaltung und Nutzung der alten Josefsschule Mesum einschließlich Schulplatz“. Zuvor geht es auf dieser Sitzung, die am Dienstag, 9. Februar, um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Zum Schwan“ beginnt, um einen „Bericht über abgeschlossene und laufende Aktivitäten bzw. Anfragen des Stadtteilbeirates Mesum“.

100 Jahre alt

Dem Thema „Alte Josefsschule“ kommt in diesem Jahr eine hohe Bedeutung und besondere Aktualität zu: Die Josefsschule wird 100 Jahre alt. Damit ist 2010 zunächst einmal ein Jubiläumsjahr. Zugleich wird es aber auch „ein Schicksalsjahr“, wie es ein Mitglied im Arbeitskreis „Ortsgestaltung Mesum“, den der Stadtteil vor Jahren einrichtete und an dem auch der VMV und der Heimatverein Mesum mitarbeiten, einmal



Hauptthema und Mittelpunkt der letzten Stadtteilbeiratssitzung: die alte Josefsschule in Mesum. MZ-Foto Grellwe

drastisch und zutreffend formulierte.

Der Arbeitskreis befasst sich seit Jahren grundsätzlich und ausführlich mit dem Thema „Josefschulerhalt“, legte dazu eine Denkschrift vor und erarbeitete konkrete Möglichkeiten und Schritte, warum und wie das ortsbildprägende und denkmalwerte Gebäude für und in Mesum gesichert und betrieben wer-

den muss und kann. Dazu wird der AK in der Sitzung ausführlich informieren und gemeinsam mit dem Stadtteilbeirat machbare Lösungen präsentieren.

Dem Arbeitskreis und den im VMV organisierten Mesumer Vereinen war dabei immer klar, dass es den Erhalt von Schulgebäude und Freifläche davor (ehemaliger Schulhof) nur in Kombinati-

on geben kann. Wer in Mesum fordert, dass nach dem Verlust des früheren Bahnhofplatz an der Alten Bahnhofstraße vor 20 Jahren nun die letzte noch freie Fläche im Ortskern nicht auch noch zugebaut wird, der muss sich auch für den Erhalt des Josefsschulgebäudes engagieren. „Den Dorfplatz ohne Schulgebäude wird es nicht geben“, sagte einmal ein Kommunalpolitiker in einer Diskussion.

Diese Freifläche wird für Dorffeste, als Parkfläche und als Zuwegung für Grundschule und Sporthalle benötigt. Das wird bei vielen Gelegenheiten im Jahr augenfällig demonstriert.

Bürger gefragt

Viel wird nun davon abhängen, welche Bedeutung die Mesumer Bürger dem geschichtsträchtigen und in Architektur und Form einmaligen Gebäude samt Platz zumessen und wie sehr sie bereit sind, sich dafür zu engagieren. Wie sehr beides benötigt wird, welche Nutzungen hier möglich sind, das wird in der Sitzung vorgestellt. Darum lädt der Stadtteilbeirat alle interessierten Bürger zur ausführlichen Information und anschließender Diskussion ein. • fg

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, den Antrag an die Verwaltung zu verweisen zur Prüfung der Vorbereitung einer Beratungsvorlage für den Haupt- und Finanzausschuss.

11. Einwohnerfragestunde

1:19:34

Es folgen keine Wortmeldungen.

12. Anfragen und Anregungen

1:19:44

Es folgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 18:20 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführerin